



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 75 Pfennig, Coblen- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Betriebsregister.

Für die Woche vom 20.—26. Januar ist die Beitragsmarke in das mit 4 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Bedürfen wir einer Beitragserhöhung?

Anmerkung der Redaktion.

Das nachfolgende Thema ist von hoher Wichtigkeit auch für unsere Organisation. Eine ganze Anzahl Verbände hat schon durch Beschlüsse in außerordentlichen Generalversammlungen oder durch Urabstimmungen eine Regelung der Beitragsfrage vorgenommen, darunter befindet sich der Verband der Buchbinder, Brauereiarbeiter, Fabrikarbeiter, Friseurgehilfen, Gärtner, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Maler, Metallarbeiter und Schneider. Andere Organisationen, z. B. Gemeinbearbeiter, beschäftigen sich ebenfalls mit dieser Frage. Es ist an der Zeit, daß unsere Organisationsleitungen und auch die Mitglieder in Wort und Schrift dazu Stellung nehmen.

Die letzten Jahre haben wiederholt ganz bedeutende Ansprüche an die Finanzkraft unseres Verbandes gestellt. Besonders im ersten Kriegsjahr waren die Anforderungen oft derart, daß lange Zweifel entstehen mußten, ob es uns überhaupt möglich sein würde, die noch bevorstehende schwere Zeit zu überwinden. Eine allgemeine Wirtschaftskrise mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Gefolge brach herein und viele unserer Mitglieder waren bis zu einem halben Jahr ohne Beschäftigung, ihnen allen mußte der Verband, so gut es ging, Beistand leisten, bei unseren nicht allzulängenden Kassenerhältnissen wirklich keine leichte Aufgabe, umsoweniger, als noch kurz vor Ausbruch des Weltkrieges unsere Generalversammlung unser Beitrags- und Unterstützungswesen neu geregelt hatte. Aber so sorgfältig auch alle diese Beschlüsse erwogen waren, der Krieg erwies sich als ein Faktor, der alle Erwägungen über den Beistand aufhob. Es war nicht daran zu denken, das neu geschaffene Statut zur Einführung zu bringen, vielmehr mußte alles daran gesetzt werden, das Verbandsleben aufrecht zu erhalten, wenn möglich ohne den Mitgliedern die erworbenen Rechte zu schmälern. Im Anfang wurden einzelne Unterstützungsabteilungen zeitweise aufgehoben, andere herabgesetzt, respektive auf einen längeren Zeitraum verteuert und sehr bald zeigte es sich, daß diese zur Sicherung unserer Finanzkraft notwendigen Maßnahmen zum Ziele führten. Wir konnten nach kurzer Zeit wieder die alten Unterstützungen in ihrem vollen Umfange zahlen und auch das neue Statut zur Einführung bringen.

Soweit fehlten die Dinge für unser ferneres Verbandsleben durchaus gut zu stehen. Dann aber trat als Folge des nicht erdennenden Krieges die ungeheure Teuerung aller Bedarfsartikel ein, sie brachte eine völlige Umwälzung des Wirtschafts-

lebens mit sich und griff tief in die Verhältnisse des Einzelnen ein. Die Kaufkraft des Geldes sank so tief, daß mit dem seitherigen Einkommen kaum noch etwas zu beginnen war und der schwierige Kampf der Arbeiterschaft um die weitere Existenzmöglichkeit trat in andauernder Bewegung um Teuerungszulagen in Erscheinung. Aber so wie der Arbeiter persönlich schwer um die Aufrechterhaltung seines Wirtschaftslebens zu ringen hat, so sind es auch die von ihm geschaffenen Organisationen, die ihm in der jetzigen Zeit ein besonderer Rückhalt sein sollen, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht minder zu leiden haben. Die Schwierigkeiten, unter denen die Gewerkschaften arbeiten müssen, haben sich immer mehr gesteigert und kommen besonders in finanzieller Hinsicht zum Ausdruck. Die fortwährende Verteuerung aller Bedarfsartikel hat auch hier zur kühnigen Wehrung der Ausgaben geführt, ohne daß dieselbe durch entsprechende Erhöhung der Einnahmen ausgeglichen werden konnten und so mußte wohl oder übel eine Gewerkschaft nach der andern sich mit der immer etwas heiklen Frage einer Beitragserhöhung befassen.

Das Mittel, zu dem andere Gewerkschaften greifen mußten, wird leider auch uns nicht erspart bleiben. Wer unsere Kassenberichte genau verfolgt hat, wird gefunden haben, daß wir bis jetzt immer noch mit Ueberschüssen arbeiten konnten, gleichzeitig konnte er aber auch bemerken, daß diese Ueberschüsse von Quartal zu Quartal kleiner wurden und im letzten Vierteljahr fast vollständig verschwunden sind. Damit ist die bisherige Aufwärtsbewegung unserer Kasse zum Stillstand gekommen. Ist nun aber Stillstand kaum besser als Rückgang, so muß leider damit gerechnet werden, daß wir im nächsten Quartal sogar ein bebenitendes Defizit haben. Was das aber bedeutet, darüber dürfen sich wohl die meisten Gewerkschaftler klar sein. Unsere Geldmittel bilden nun mal das Rückgrat der Organisation, ohne welches ein wirkliches Verbandsleben, das auf dem Schutz der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder beruht, nicht möglich ist. Nun muß aber allen Verbandsmitgliedern daran liegen, den Verband so auszubauen, daß er allen Anforderungen jeder Zeit gerecht werden kann, deshalb ist es notwendig, daß sowohl der Verbandsvorstand als auch die Mitglieder, der Frage näher treten, wie die Aktionsfähigkeit des Verbandes erhalten und weiter gefördert werden kann.

In erster Linie kommt da wohl eine Beitragserhöhung in Betracht. Wir haben eigentlich ein sehr gesundes Klassenbeitragsystem nach verdienten Löhnen, und theoretisch müßte gerade dieses System eine besondere Beitragserhöhung überflüssig machen, da sich ja bei entsprechender Lohnerhöhung auch der Beitrag automatisch steigert, je nachdem die Mitglieder dann in eine höhere Beitragsklasse mit entsprechend höheren Unterstützungen aufrücken. In der Praxis ist dieser Zustand aber nicht immer eingetreten; denn sonst müßte jetzt wohl die niedrigste 20 Pf. Beitragsklasse ganz und die nächstfolgende zum größten Teil ver-

schwunden sein. Daraus ist zu schließen, daß, wenn jedes Mitglied seinen statutengemäßen Beitrag zahlt, unserer Kasse schon ein gut Teil geholfen wäre. Aber unser System ist nicht vollkommen; es sorgt wohl dafür, daß unsere Mitglieder bis zu 23 Mk. Wochenverdienst genau in einzelne Klassen registriert werden, darüber hinaus aber herrscht unbeschränkte Freizügigkeit und so haben wir jetzt die Erscheinung, daß alle die Mitglieder, welche weniger als 23 Mk. verdienen, bei jeder Lohnsteigerung von ca. 3 Mk. je 10 Pf. mehr an Wochenbeitrag leisten müssen. Dagegen bleiben die Mitglieder mit Löhnen von mehr als 23 Mk. von jeder weiteren Beitragssteigerung befreit.

Das ist nun ein Zustand, der eine gewisse Ungerechtigkeit in sich schließt; denn denjenigen mit einem schon höheren Einkommen als 23 Mk., fallen 10 oder 20 Pf. Beitrag mehr, immer noch leichter als dem niedriger Entlohnerten. Als der letzte Verbandstag die Abgrenzung der einzelnen Beitragsklassen beschloß, mußte er aber mit den damals bestehenden Verhältnissen rechnen, und niemand ahnte, welche ungeheuren Umwälzungen bereits vor der Tür standen. Nachdem nun aber die Grundlagen, die der jetzigen Abgrenzung der Beitragsklassen ihren Charakter geben, nicht mehr vorhanden sind, ist es an der Zeit, unsere Klasseneinteilung einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Dabei kommt auch in Betracht, daß unsere Unterstützungsfähigkeit nicht mehr den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Wenn wir uns also entschließen sollten, höhere Beitragsklassen zu schaffen, so müßten auch dementsprechend andere Unterstützungsklassen eingeführt werden. Wir haben zur Zeit 6 Beitragsklassen.

Eine Vermehrung derselben wäre in Hinblick auf Erhöhung der Schwierigkeiten bei den Verwaltungsarbeiten nicht gerade erstrebenswert. Es bleibt dann der Weg einer Verschiebung der Klassen offen. Dabei ist wohl anzunehmen, daß sich in der jetzigen Zeit infolge der Teuerungszulagenbewegung die Löhne bei unsern Mitgliedern so gesteigert haben, daß die untersten Klassen wohl nur noch wenig oder gar nicht in Betracht kommen. Sie könnten deshalb gestrichelt fortlassen und dafür zwei neue Beitragsstufen nach oben angereicht werden, für welche ein der Entlohnung entsprechender Beitrag von 80 und 90 Pf. erhoben werden müßte, der neben den jetzt gezahlten Kriegsbeiträgen gedacht ist. Diese 10 oder 20 Pf., die der Einzelne der am höchsten entlohnerten Klassen, mehr zahlen würde, können kaum als besonderes Opfer empfunden werden, umsoweniger, als ihm ja auch entsprechende Unterstützungsausgleiche zu Gute kommen. Für den Verband aber ist diese in einzelnen nur geringe Mehreinnahme von großer Bedeutung. Es handelt sich darum, daß einer Schwächung des Verbandes vorgebeugt wird, dann aber auch muß das Augenmerk darauf gerichtet werden, ihn für weitere Aufgaben zu kräftigen. Auch darf nicht außer Acht gelassen werden, daß sich Zustände, wie wir sie bei Ausbruch des Krieges hatten, wiederholen werden; wir müssen dafür

forgen, daß auch in diesem Falle der Verband den an ihn gestellten Anforderungen gerecht werden kann.

Vor allem muß aber darauf hingewiesen werden, daß uns auch nach dem Kriege wirtschaftliche Kämpfe bevorstehen werden, die in ihrer Schwere und Hartnäckigkeit die schlimmsten früherer Zeiten übertreffen werden. Denn nie zuvor ist dem Unternehmertum der Nutzen des Zusammenhalts und die Gemeinsamkeit ihrer Interessen eindringlicher zum Bewußtsein gekommen, als in den Kriegsjahren mit ihrer Umwälzung der Wirtschaftswerte; was die Arbeitgeber in dieser Zeit gelernt, wie sie ihre Organisationen ausgebaut und gefestigt haben, das wird in brutaler Weise zum Ausdruck kommen, wenn nach Beendigung des Krieges die Scharen unserer Krieger in die Heimat zurückkehren und den Arbeitsmarkt bevölkern werden. Das massenhafte Angebot von Arbeitskräften im Verein mit verringerter Arbeitsmöglichkeit, die hauptsächlich durch das Fehlen der Rohstoffe hervorgerufen werden wird, wird für die Unternehmer das Zeichen sein, die Löhne herabzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, und wehe der Gewerkschaft, die dann nicht über genügend finanzielle Munition verfügt, um getroffenen Muts den Kampf aufnehmen zu können, sie würde unweigerlich zu grunde gehen. Kämpfen und dürfen wir mit einer derartig schwachen Organisation unsere Brüder empfangen, die draußen ihr Leben in die Schanze schlagen? Oder haben nicht gerade sie es tausendfach verdient, daß ihnen die Gewerkschaft ein Hort wird, der sie in ihrer wirtschaftlichen Hilfsbedürftigkeit mit starkem Schutz umfängt? Das ist kein Gewerkschaftler, das ist keine solidarisch empfindende Arbeiterin, die nicht alles an die Stärkung ihrer Organisation wendet, und deshalb hoffen wir zuversichtlich, daß unser Appell nicht ungehört verhallen wird, wenn die Forderung einer Beitragserhöhung an sie herantritt.

S. L o b a h l.

Menschenverluste und Wirtschaftsleben.

I.

Sobiel Unheil der Weltkrieg auch im Gefolge gehabt hat, so sind doch unter allen Schäden die ungeheuren Menschenverluste die schlimmsten und bedauerlichsten. Millionen von gesunden, kräftigen, leistungsfähigen Menschen haben ihr Leben eingebüßt, mit ihnen sind so viele Pläne, Hoffnungen, Erwartungen ins Grab gesunken. Wenn wir von den seelischen Schmerzen absehen, die der Tod den Eltern und Kindern, den Gattinnen und Bräuten, den Verwandten und Freunden gebracht hat, wenn wir auch die Kulturwerte unberücksichtigt lassen, die auf den Schlachtfeldern und auf dem Meeresgrunde begraben liegen, so gibt schon allein die Tatsache, daß der Verlust so zahlreicher Arbeitskräfte eine klaffende Lücke in unser Wirtschaftsleben gerissen hat, zum Nachdenken Anlaß. Der Mangel, den unser Wirtschaftskörper erlitten hat, wird natürlich unsere gesamte wirtschaftliche Tätigkeit sehr beeinträchtigen, die Massenverluste an Menschenleben werden zweifellos eine äußerst ungünstige Wirkung auf das Gedeihen von Handel und Gewerbe, von Industrie und Landwirtschaft ausüben. Es werden nach Beendigung des Krieges Millionen von Menschen weniger da sein, als vor dem Kriege, und zwar werden uns gerade jene Menschen fehlen, die einen wirtschaftlichen Ueberschuß lieferten, indem sie mehr Gebrauchswerte erzeugten, als sie verzehrten. Darin zeigt sich ja der Wahnsinn des Krieges am deutlichsten, daß er neben den materiellen Werten, die er vernichtet, und neben den Zukunftshoffnungen, die er zerstört, die leistungsfähigsten Arbeitskräfte hinwegrafft.

Aber was hilft das Klagen und Trauern — die Gegenwart und die Zukunft fordern ihr Recht. Es gilt unser wirtschaftliches Leben wieder aufzubauen und es so auszugestalten, daß die entstandenen Lücken wieder ausgefüllt werden. Die wichtigste Vorbedingung hierzu ist die sorgsamste Schonung und die bestmögliche Verwendung der noch vorhandenen Arbeitskräfte. Es muß mit

der vor dem Kriege herrschenden Methode der Raubbauwirtschaft gebrochen und es muß praktische Sozialpolitik getrieben werden, die bewußt und planmäßig auf das Gedeihen und die Erhaltung der Leistungsfähigkeit unserer Arbeitermassen abzielt. Daneben ist es die Pflicht aller Volkskreise, auf die Heranziehung eines tüchtigen Nachwuchses hinzuwirken. Wir haben durch den Krieg den wirtschaftlichen Wert der wertvollen Bevölkerung kennen und schätzen gelernt, und dieses neue Wissen soll unser Gewissen schärfen. Mit der rücksichtslosen Vergewandung menschlicher Gesundheit und menschlicher Kraft muß endgültig Schluß gemacht werden, denn wir können uns nicht mehr den Luxus erlauben, Arbeitskraft zu verschwenden und unentbehrliche wirtschaftliche Werte verkümmern zu lassen.

Der Mangel an Arbeitskräften wird mit Notwendigkeit Verschiebungen in der Gütererzeugung zu Folge haben. Zunächst wird es darauf ankommen, durch Einführung technisch vollkommener Werkzeuge und Maschinen Arbeitskräfte zu ersparen. Schon vor dem Kriege war in der Industrie das Bestreben vorhanden, bessere Maschinen mit hoher Leistungsfähigkeit einzuführen und in den Kriegsindustrien ist dies Bestreben im Laufe der Zeit noch stärker geworden. Allerdings werden zahlreiche Spezialmaschinen nach Beendigung des Krieges ihren Wert verlieren, immerhin aber haben sich Unternehmer und Arbeiter daran gewöhnt, arbeitssparende Maschinen anzuwenden. Auch in den handwerkmäßigen Betrieben muß auf die Anwendung geeigneter Maschinen und Werkzeuge mehr als bisher Wert gelegt werden. Der landläufige Spruch, der dort vielfach herrschte, muß schnell und gründlich beseitigt werden. Vor allen Dingen aber steht unsere Landwirtschaft vor der unabweisbaren Aufgabe, Wissenschaft und Technik in ihren Dienst zu stellen. Nicht nur in die landwirtschaftlichen Großbetriebe, sondern auch in die Mittel- und Kleinbetriebe müssen die Kraft- und Arbeitsmaschinen ihren Einzug halten. Daneben macht sich die intensive Ausnutzung der in unserem Lande reichlich vorhandenen Naturkräfte und Naturschätze dringend notwendig. Die im Wasser und in der Luft stehenden Triebkräfte können noch in einem bisher ungeahnten Maße für die Landwirtschaft nutzbar gemacht werden. Der elektrische Antrieb, der durch Ueberlandzentralen auch für die entlegensten Gegenden und die kleinsten Betriebe vermittelt wird, ist imstande, unsere landwirtschaftlichen Erträge wesentlich zu steigern. Dazu gehört natürlich ein genossenschaftlicher Zusammenschluß der mittleren und kleinen Bauern zum Zwecke der gemeinsamen Anschaffung und Benutzung leistungsfähiger Maschinen, des gemeinschaftlichen Anlaufs von Saatgut und Düngemitteln, der Anlage von Feld- und Kleinbahnen, der Einführung besserer Arbeitsmethoden usw. Endlich lassen sich auch noch im Transportgewerbe Arbeitskräfte ersparen durch Verwendung von Maschinen und durch Benutzung moderner Vorrichtungen.

Bei all diesen Dingen kommt es besonders darauf an, daß wir uns auf die Erzeugung der unentbehrlichen Gebrauchsgüter verlassen und die Herstellung entbehrlicher, überflüssiger oder dem Luxus dienender Gegenstände nach Möglichkeit einschränken. Da wir noch auf Jahre hinaus wenig Aussicht haben, vom Auslande Nahrungsmittel und Rohstoffe hineinzubringen, werden wir genötigt sein, uns mit unseren inländischen Erzeugnissen zu behelfen. Aus diesem Grunde wird es nötig sein, bis zu jener Zeit, in der die Zufuhren wieder reichlich strömen, unsere Gütererzeugung so einzurichten, daß wir aus unserer Landwirtschaft und Industrie so viel wie möglich herausheben, und daß wir in erster Linie für die Deckung des Massenbedarfs sorgen. Es nützt nichts, daß wir vor dieser Notwendigkeit die Augen schließen und nach Vogel-Strauß-Manier den Kopf in den Sand stecken; hier schadet jede Illusion und jede übertriebene Hoffnungslosigkeit, nur ein Rechnen mit den harten Tatsachen und der nackten Wirklichkeit im Bunde mit einem eisernen Zielbewußtsein können uns über die ersten Friedensjahre hinwegbringen. Wir gehen in schweren Zeiten entgegen, an unser Volk in seiner Gesamtheit werden große Anforderungen

gestellt, die wir erfüllen müssen, wenn unser Volk nicht schwer leiden oder gar dem Untergange verfallen soll. Das dürfen wir bei all unserem Eifer und Eifer niemals vergessen oder übersehen.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 22. bis 24. November tagte eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände in Berlin. An erster Stelle wurde der Tätigkeitsbericht der Generalkommission beraten. Legien berichtete über den allgemeinen Teil, Bauer über besonderer Angelegenheiten. Der allgemeine Bericht umfaßte die Beteiligung der Generalkommission an sozialpolitischen Gesellschaften und Bestrebungen der Kriegsfürsorge, die Schritte gegen die Einschränkungen des Versammlungsrechts beim Reichszentralrat und im Großen Hauptquartier, die Vertretung auf ausländischen Gewerkschaftskongressen, den Verkauf eines Grundstücks in Litzitz und die Herausgabe von Auszügen aus den Konferenzprotokollen. Im besonderen Teil berichtete Bauer über Maßnahmen gegen die verfügten Erhöhungen der Eisenbahn-Schnellzugpreise, über Freizügigkeitsbeschränkungen gegen Reklamierete und Hilfsdienstgesetzfragen. Bei letzteren handelt es sich um den Wechsel in der Leitung des Kriegsamts, die Bestrebungen zur Aenderung des Gesetzes, die vor allem von den Unternehmern ausgehen, um Beschränkungen des Versammlungsrechts, um einheitliche Grundätze für die Arbeiterauschüsse, um die Unzulässigkeit besonderer Schlichtungsstellen für Werkbetriebe und um die Generalkriegsgericht gewisser Kreise. Erfreulich sei vor allem die im Zusammenhang mit dem Hilfsdienst stehende Wiederzunahme der Gewerkschaften. Die weiteren Ausführungen betrafen den gesetzlichen Einstellungsstopp für Kriegsbeschädigte und die Gründung eines Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Zu letzterem sei folgendes bemerkt: Nachdem sich aus der Uebernahme der skrupellosen Agitation der „Deutschen Vaterlandspartei“ ergab, daß deren Kreisen Millionenfonds zur Verfügung stehen und daß ihre Bestrebungen nicht allein der Verhinderung eines baldigen Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen, sondern auch der Vereitelung innerer politischer und sozialpolitischer Neugestaltung galten, traten Männer aus den großen Wirtschaftverbänden, besonders der Arbeiter und Angestellten zu unverbändlicher Aussprache zusammen, um dieser reaktionären Agitation ein Gegengewicht zu schaffen. Man einigte sich auf die Gründung eines Volksbundes für Freiheit und Vaterland, der vornehmlich die großen Wirtschaftsorganisationen, sowie auch Einzelmitglieder, nicht aber die politischen Parteien umfassen und für einen baldigen vollständigen Frieden sowie für ein neues und freieres Deutschland wirken sollte. Eine von der Generalkommission unter den angeschlossenen Gewerkschaften vorgenommene Abstimmung ergab die Zustimmung zum Beitritt gegen 6 Ablehnungen.

In der Debatte wurde hauptsächlich über den Volksbund und über die etwas beschleunigte schriftliche Abstimmung gesprochen. Eine Wiederholung der Abstimmung brachte aber im wesentlichen das gleiche Ergebnis: nur 6 Vertreter stimmten gegen den Beitritt. Der Generalkommission wurde neben dem ordentlichen Beitrag ein Vorschlagsbeitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Jahr gewährt. Ein Antrag, für weibliche Mitglieder diesen Beitrag zu ermäßigen, fand keine Annahme.

Im Mittelpunkt der diesmaligen Konferenz standen die Entwürfe eines sozialpolitischen Arbeiterprogramms und eines Arbeitskammergesetzes. Das von der Generalkommission vorgelegte Arbeiterprogramm sozialpolitischer Gewerkschaftsforderungen umfaßt in 18 Gruppen die Forderungen zur Sozialpolitischen Organisation (Verwaltung), Arbeitervertretung, zum Organisationsrecht, Tarifvertragsrecht, Einigungswesen, Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, zur Arbeiterversicherung, Rechtsprechung, Arbeitsvermittlung, zum Genossenschaftswesen, zu den Staatsbetrieben, zur Wirtschaftspolitik, internationalen Sozialpolitik, Volksernährung, Wohnungsfürsorge, Volkshygiene und

Volkserziehung. Die Forderungen sind eingehend begründet und zu einer Denkschrift zusammengestellt, die eine Neugestaltung der wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnisse Deutschlands verlangt. Diese Denkschrift soll den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet, aber auch als Werbefchrift für die sozialpolitische Neuorientierung veröffentlicht werden. Ueber diese Programmschrift referierte U m b r e i t. Der Herausgeber des Programms als Eingabe sowie als Werbefchrift stimmte die Konferenz zu.

Den Entwurf des Arbeitskammergesetzes begründete L e g i e n. Der Entwurf ist das Ergebnis gemeinsamer Arbeit der Zentralen aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände, die die Zeit für günstig erachteten, die Schaffung gesetzlicher Arbeitervertretungen durchzuführen. Da die Gewerkschaften auf der Forderung von Arbeitskammern, die übrigen Gruppen auf der von Arbeitskammern bestanden, so kam ein Kompromiß zustande, nach dem paritätische Kammern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen seien, den Arbeitnehmerabteilungen indes das Recht zuzusprechen, zwecks eigener Interessenvertretung für sich allein zuzutreten, Anträge zu stellen, Eingaben zu machen, Gutachten abzugeben und Erhebungen zu veranstalten. Die Kammern sollen territorial aufgebaut werden, aber auch besondere Berufsabteilungen für die Land- und Forstwirtschaft, sowie für kaufmännische und technische Angestellte erhalten und neben dem Recht der Antragstellung, Begutachtung und Erhebung auch allgemein wirtschaftliche und soziale Wohlfahrts-, sowie Verwaltungsaufgaben erhalten. Im besonderen müssen sie bei der Regelung des gewerblichen Schulwesens und des Lehrlingswesens mitwirken, den Abschluß von Tarifverträgen sowie von Fachauschüssen für die Hausindustrie fördern, deren Tätigkeit bei der Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen unterstützen und den von diesen festgestellten Lohnsätzen durch Beschluß unabhängige Kraft verleißen. Sie sollen ferner Einigungsämter und Schlichtungsstellen errichten und die Mitglieder des Einigungsamts aus ihrer Mitte wählen. Der Entwurf regelt zugleich die obligatorische Einsetzung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen für alle Betriebe mit mindestens 20 Personen, deren Wahl und Aufgaben, sowie die Wahl der Beisitzer der Schlichtungsstellen und die Aufgaben der Einigungsämter. Der Referent legte überzeugend dar, daß in diesem Entwurf die Vorzüge der Arbeiter- und der Arbeitskammern vereint seien und gleichzeitig die Möglichkeit der dauernden Erhaltung der Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen des Hilfsdienstgesetzes gegeben sei. In der Debatte wurde dem Entwurf im allgemeinen zugestimmt und nur einige Änderungen gewünscht, über die mit den übrigen Zentralen eine Verständigung herbeigeführt werden soll.

Nach einer kurzen Aussprache über Erfahrungen aus der Wirklichkeit von Arbeitern als Schöpfern und Geschworenen wurden die Differenzen im Leipziger Gewerkschaftskartell eingehend erörtert. In Leipzig ist die Gewerkschaftsbewegung durch den Austritt von 8 Gewerkschaften mit etwa 10 000 Mitgliedern aus dem Kartell und durch Gründung eines Sonderkartells zerrissen worden. Auf Anregung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes soll eine Aussprache zwischen den streitenden Parteien unter Beisein von Vertretern der besonders von den unabhängigen stark besetzten Generalkommissionen, sowie der Vorstände der am Austritt beteiligten Gewerkschaften stattfinden. Eine aus Leipzig erschienene Vertretung des Kartellvorstandes nahm an der Behandlung dieser Angelegenheit teil, in deren Namen L i t t i c h - L e i p z i g einen längeren Bericht über die dortigen Vorkommnisse erstattete. Er führt sie auf die langjährige Verheerungstätigkeit der Leipziger Volkszeitung gegenüber den Gewerkschaftsführern und auf das Bestreben der unabhängigen Partei, sich die Gewerkschaften dienstbar zu machen, zurück. In der Debatte wird der Versuch, durch eine Aussprache die Austritte aus dem Leipziger Kartell rückgängig zu machen, allgemein gebilligt und die Vorstände der betroffenen Gewerkschaften erklären sich bereit, an dieser Aussprache teilzunehmen. Andererseits wird aber auch darauf hingewiesen, daß sich diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die ein

Sonderkartell an einem Ort gründen, in Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung stellen. Denn die Gewerkschaftskartelle sind durch die Münchener Kongreßbeschlüsse 1914 verfassungsgemäß als ein Bestandteil der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation anerkannt und diese Kongreßbeschlüsse sind bindend für die angeschlossenen Gewerkschaften und deren Ortsgruppen. Danach ist für jeden Ort oder Bezirk nur ein Gewerkschaftskartell zulässig und die Vorstände der Zentralverbände haben die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß sich ihre Zweigvereine und Zahlstellen den örtlichen Kartellen anschließen, sofern sich diese im Rahmen der ihnen durch die Gewerkschaftskongresse zugewiesenen Tätigkeitsgebiete halten. Die Vorstände haben nach diesem Regulatorium für das Zusammenwirken der deutschen Gewerkschaften die Möglichkeit, gegen ihre an der Zersplitterung beteiligten Mitgliedschaften vorzugehen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse sollen die Zweigvereine der gewerkschaftlichen Zentralverbände zu einem Kartell sich vereinigen. Die Gründung eines zweiten Kartells ist unzulässig und bedroht die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die zur Erfüllung der örtlichen Aufgaben der Gewerkschaften unbedingt notwendig ist.“

Die Beitragsleistung aus Verbandsmitteln an ein Kartell, was im Gegensatz zu dem bestehenden Kartell gegründet wird, erachtet die Konferenz als im Widerspruch stehend mit den Verbandsstatuten und den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und der Verbandstage.“

Mit dem ersten Teil dieser Leitfäden erklärten sich sämtliche Verbandsvertreter einverstanden; nur gegen den Schluß stimmte ein Vertreter.

Gleichfalls auf Antrag des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes wurde darüber beraten, ob es angehängt sei, die Beschlüsse der früheren Vorständekongresse betr. das Verbot des Uebertritts von Mitgliedern während des Krieges aufzuheben. Der Uebertritt wurde im Interesse der durch den Krieg schwerer geschädigten Organisationen, deren Berufe an der Kriegsarbeit nicht beteiligt sind, unterlag. Es bleibt dadurch diesen Verbänden ein Stamm von Mitgliedern und eine Stütze ihrer Finanzkraft erhalten. Das Uebertrittsverbot hat aber nicht verhindert, daß ein Teil der Mitglieder ihren Verbänden durch die Arbeit in berufsfremden Betrieben verlorengegangen sind, die sich zudem dauernd jeder Kontrolle entziehen. Viele Arbeiter lassen sich einfach aus ihrer alten Organisation streichen und treten dann in den Verband ihres Kriegsarbeitsberufs neu ein, so daß die Prüfung, ob ein Uebertritt vorliegt, erschwert ist. Manche Ortsverwaltungen und Werkstattvertrauensmänner fragen auch gar nicht nach dem früheren Mitgliedsbuch, sondern nehmen die Eintretenden ohne weiteres auf. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes gibt die Erklärung ab, daß alle Uebertritte durch den Verbandsvorstand selbst streng geprüft würden. Die Konferenz konnte sich gleichwohl nicht dazu entschließen, das Uebertrittsverbot jetzt zu beseitigen und mochte auch jetzt noch keinen Termin festsetzen, an dem das Verbot nach dem Kriege außer Kraft treten und die erfolgten Uebertritte rückgängig gemacht werden können.

Die Anregung, die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit unter der Voraussetzung achtstündiger Arbeitspflicht mit kurzen Pausen und ausreichender Ernährungsfürsorge zu empfehlen, wurde nach kurzer Erörterung abgelehnt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die körperlichen Anforderungen und gesundheitlichen Wirkungen nicht in allen Berufen die gleichen seien und daß besonders die eine Voraussetzung für den Wegfall längerer Mittagspausen in den Großstädten, die weiten Entfernungen der Wohnungen vom Arbeitsplatz, in den Kleinstädten und auf dem Lande nicht in gleichem Maße vorliegen, weshalb einer Vereinheitlichung dieser Reform schwere Bedenken entgegenständen. Einige Beschwerden hinsichtlich der Stellungnahme früherer Konferenzen zur Ernährungsfrage und zur Gewährung von Lerneinrichtungen an die Angestellten der Gewerkschaften wurden als erledigt erachtet. Das gleiche gilt für die Anregung des Vorstandes des Holz-

arbeiterverbandes betr. Erhöhung der Krankenunterstützungssätze und der gesetzlichen Einführung der Arbeitslosenversicherung. Ersterer ist Gegenstand einer eben fertiggestellten Eingabe der Gewerkschaftszentralen und Angestelltenverbände, letzterer ist in die Uebergangsforderungen der Gewerkschaften eingereiht und wird erneut im Neuorientierungsprogramm erhoben. Doch sollen besonders parlamentarische Schritte zur Erreichung einer Reichsarbeitslosenversicherung herbeigeführt werden. Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

U n m. der Redaktion. Der vorstehende Bericht ist durch Raumangel unliebsam verspätet zum Abdruck gekommen.

Gebt mehr Kartoffeln!

Die Volksernährung geht wieder einmal drohenden Zeiten entgegen, auf die der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften die für die Volksernährung zuständige Reichsstelle in einer Eingabe dringend aufmerksam macht. Diesmal ist es wieder die Kartoffelversorgung, auf die die ernfeste Beachtung hingelenkt wird. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.“

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Berlin, den 17. Dezember 1917.

Die hohe Bedeutung, die die Kartoffelversorgung im kommenden Jahre für die Ernährung der Bevölkerung beansprucht, veranlaßt uns, dem Kriegsernährungsamt die Bedenken zum Vortrag zu bringen, die wir gegen die bisher getroffenen Maßnahmen erheben müssen.

Wir erkennen gern an, daß in diesem Jahre die Deckung des Bedarfs für die städtische Bevölkerung erheblich besser von statten gegangen ist, als in den Jahren voran. Das kann uns aber nicht in Stille liegen, über die Versorgung bis zu Ende des Wirtschaftsjahres. Wir nehmen zu unserm Bedauern wahr, daß die Annahme, wir verfügen über eine außerordentlich günstige Ernte, zu einer umfangreichen Verfütterung der Kartoffeln verleitet. Auch der günstigste Ertrag der Ernte muß hierbei schnell aufgebraucht werden. In letzter Zeit ist uns Mitteilung geworden, daß die Militärverwaltung erhebliche Mengen Kartoffeln zur Verfütterung frei gibt; aus einer Stappenstation wird uns berichtet, daß täglich 7 Pfund Kartoffeln pro Pferd verfüttert werden. Wenn diese Maßnahme der Militärverwaltung in größerem Umfang ergriffen wird, so wird weit über das zulässige Maß in unsere Kartoffelbestände eingegriffen. Dazu kommt, daß die Verfütterung in landwirtschaftlichen Betrieben außerordentlich schwer zu kontrollieren ist und weit über das Quantum von 20 Prozent Schwund, in der auch die Verfütterungsmenge enthalten ist, hinausgegangen wird. Die Maßnahmen, die von der Reichskartoffelstelle für die Versorgung im nächsten Frühjahr getroffen sind, geben uns keine genügende Sicherheit. Die Erfahrung in diesem Jahre hat ergeben, daß im Frühjahr die den Provinzialkartoffelstellen auferlegte Lieferungsfrist nur zu ungefähr 52 Prozent erfüllt wurde. Es ist allerdings in diesem Jahre die Vorsorge getroffen, daß durch Lieferungsfrist der Ueberschussgemeinden an die Bedarfsgemeinden die notwendigen Mengen gedeckt werden sollen. Wir bezweifeln, daß die hier vorgesehenen verhältnismäßig hohen Vertragsstrafen die Bestände vor dem Zugriff des Landwirtes sichern und es erscheint uns sehr fraglich, ob nicht, wenn die Kartoffeln in der eigenen Wirtschaft des Landwirts verbraucht sind, der Durchführung der Vertragsstrafe ein erheblicher Widerstand entgegengesetzt wird. Wir sind gegenwärtig noch der Meinung, daß die Gemeinde, die zur Lieferung der Kartoffeln herangezogen wird, auf eigenes Risiko die Kartoffeln für den Frühjahrbedarf einmieten mußte, um sie vor jedem Zugriff sicher zu stellen. Können wir für den Frühjahrbedarf die Deckung nicht herbeiführen, so würde für unsere Ernährung ein Zustand eintreten, wie wir ihn bisher in den Kriegsjahren

nach nicht erlebt haben. Bevor dieser Bedarf nicht gedeckt ist, muß jede Verfütterung unterjagt werden.

Aus allen Teilen des Reiches erhalten wir Zuschriften, die mit zunehmender Eindringlichkeit die Forderung erheben, das bisher gewährte Kartoffelquantum von 7 Pfund pro Woche auf 10 Pfund zu erhöhen. Die Gründe, die vom Kriegsernährungsamt gegen diesen Anspruch geltend gemacht werden, können wir nicht als berechtigt anerkennen. Das Kriegsernährungsamt stellt seiner Berechnung für die Kartoffelversorgung eine Ernte von 34,5 Millionen Tonnen zur Grundlage, während in landwirtschaftlichen Kreisen, wir berufen uns dabei auch auf die Schätzung des Grafen von Schwerin-Löwitz, eine Ernte von 38 bis 40 Millionen Tonnen angenommen wird. Die Reichskartoffelstelle rechnet mit einer Anbaufläche von 2,36 Millionen Hektar. Das würde einen Rückgang der Anbaufläche um über eine Million Hektar gegen das Jahr 1915 bedeuten. An einen Rückgang in diesem Umfange glaubt niemand. Aber selbst bei dieser ganz unhaltbar niederen Annahme über die Größe der Anbaufläche rechnet die Reichskartoffelstelle nach den von ihr geforderten Mengen mit einer Abgabepflicht des Landwirts pro Hektar von 127 Zentner, oder pro Morgen 32,5 Zentner. Daß diese Abgabe mit Leichtigkeit um einige Zentner erhöht werden kann, liegt außer allem Zweifel. Würde man die Kartoffelmengen um 3 Pfund pro Woche für einen Zeitraum von rund 25 Wochen erhöhen, so würde das eine Mehrlieferung von ungefähr 1,5 Millionen Tonnen für die städtische Bevölkerung ergeben. Eine solche Zulage würde manche Sorge um das Durchkommen im Haushalt beseitigen; die Abgabe wäre möglich nach allem, was wir über den Ertrag der Ernte erfahren haben.

Die weiteren Einwände, daß wegen der Transport Schwierigkeiten diese Versorgung nicht möglich ist, müssen entschieden bestritten werden; es wird bei einigem guten Willen und unter Berücksichtigung des Ernstes der Situation wohl möglich sein, diese höhere Belieferung durchzusetzen. Dabei scheint nicht einmal in allen Städten die Nation von 7 Pfund Kartoffeln verteilt zu werden, denn aus Breslau wird uns berichtet, daß dort nur 6 Pfund zur Verteilung gelangen. Das muß in der Bevölkerung um so bitterer empfunden werden, als Breslau in einem Bezirk mit starkem Kartoffelanbau liegt und hier die Versorgung zu keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten führen kann.

Berücksichtigen wir, daß bei dem Mangel an Fett, Fleisch, Hülsenfrüchten, Brot und Weiß der Bedarf an für die Ernährung notwendigen Kartoffeln erheblich gesteigert wird, auch der erhoffte Ausgleich im Konsum von Gemüse nicht eintreten konnte, weil hier die Ernte den Bedarf nicht deckte, so bleibt für unsere Ernährung die Kartoffel ein wichtiger und wertvoller Bestand, der zunächst für die menschliche Ernährung sichergestellt werden muß. Jeder Versuch, Kartoffeln in höherem Maße der Viehhaltung zuzuführen, stellt die Ernährung der Bevölkerung in Frage.

Wir machen mit allem Nachdruck auf diese ernste Situation in unserer Nahrungsmittelversorgung aufmerksam und betonen noch einmal, daß die bisher getroffenen Maßnahmen keine Sicherheit für die Versorgung der Bevölkerung enthalten. Wir schließen uns insbesondere auch den sehr ernstlichen Vorstellungen, den der Deutsche Städtebund in seiner Eingabe vom 26. November d. J. geltend machte, an, und fordern dringend, daß dieser vereinten Vorstellung das Kriegsernährungsamt Rechnung trägt. Die hier erhobenen Wünsche, die auf die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung Rücksicht nehmen, müssen erfüllt werden, weil sie Anforderungen enthalten, ohne die ein Auskommen für die städtische Bevölkerung unmöglich ist.

Ergebnis

C. Legien.

Fr. Ebert.

An das

Kriegsernährungsamt.

Berlin."

Rundschau.

Verbandsstag der Fabrikarbeiter. In den Tagen vom 17. bis 20. Dezember hat der Fabrikarbeiter-Verband einen außerordentlichen Verbandsstag in Hannover abgehalten. Hauptzweck der Tagung war eine Aenderung der Beitrags- und der Unterstützungsätze; sie bot zugleich Gelegenheit, die Kriegspolitik des Verbandes eines Besprechungs zu unterziehen. Die Stimmen, die man auch in anderen Gewerkschaften hört, und die das Wirken der Organisation sehr abfällig beurteilen, kamen auch in Hannover zur Geltung, sie fanden aber dort nur geringen Widerhall. Aus den vorliegenden Berichten erfährt man, daß die Anlage von Verbandsgebäuden in Kriegsangelegenheiten gerügt wurde. In einigen Maßnahmen des Vorstandes wurde eine Verletzung der politischen Neutralität erblickt. Der Anschluß des Verbandes an den Bund für Freiheit und Vaterland wurde getadelt. Scharfe Vorwürfe wurden gegen die Generalkommission erhoben. Ihr wurde nachgesagt, daß sie in der Ernährungsfrage ihre Schuldigkeit nicht getan habe. Ihre ganze Kriegspolitik sei verwerflich.

Es kann nicht gesagt werden, daß diese Anlagen auf dem Verbandsstages starken Eindruck gemacht hätten; dem Verbandsvorsitzenden Frey fiel es auch nicht schwer, die erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Diese hatten sich zu dem Antrage verdichtet, die Beitragsleistung an die Generalkommission einzustellen. Dieser Antrag wurde gegen ganz wenige Stimmen abgelehnt.

Zu dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung lag ein Antrag des Vorstandes vor, die Beiträge zu erhöhen und sechs Beitragsklassen einzuführen. Dieser Antrag und ebenso die Vorlage des Vorstandes über Aenderung der Unterstützungsrichtungen wurden in der Statutenberatungskommission gründlich geändert. Beschlossen wurde, das Beitrittsgeld einheitlich auf 1 M. festzusetzen, wovon die Hälfte den Zahlstellen verbleibt. Die Beiträge betragen nach den gestaffelten Beschlüssen für weibliche und jugendliche Mitglieder 35 Pf., für männliche 60 Pf. pro Woche. Diesen Beitrag können auch weibliche und jugendliche Mitglieder zahlen, und ebenso ist es den männlichen Mitgliedern gestattet, 75 Pf. wöchentlich zu zahlen. Inwieweit Mitglieder zahlen 20 Pf., weibliche 10 Pf. pro Woche. Sie haben keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung; für den Bezug der sonstigen Unterstützung werden ihre Beiträge in ordentliche Beiträge umgerechnet.

An Erwerbslosenunterstützung werden in den drei Beitragsklassen nach einjähriger Mitgliedschaft 60, 120 bzw. 140 Pf. auf 30 Tage gezahlt. Die Sätze steigen in sechs Stufen bis zur zwölfjährigen Mitgliedschaft. Die Unterstützung wird dann auf 72 Tage in Höhe von 1 M., 2 M. bzw. 2,50 M. pro Tag gewährt. Die Streit- und Gemäßigtenunterstützung beträgt in den drei Klassen nach 13 Wochen Mitgliedschaft 8, 14 und 16 M., nach 26 Wochen 10, 16 und 18 M., und nach einjähriger Mitgliedschaft 12, 18 und 20 M. Das Sterbegeld steigt von 10, 20 und 30 Mark nach zweijähriger Mitgliedschaft bis 50, 100 und 110 Mark nach zehnjähriger Mitgliedschaft. Die erhöhten Beiträge werden ab 1. April, die erhöhten Unterstützungen ab 1. Oktober gezahlt.

Zum nächsten Verbandsstag wurde der Vorstand beauftragt, eine Vorlage über die Uebernahme der Besoldung aller Verbandsangestellten auf die Hauptkasse auszubereiten. Schließlich wurde beschlossen, den Familien der Kriegsteilnehmer eine Weihnachtunterstützung von je 6 M. zu gewähren.

Die Unfälle, Kinder an gefährlichen Maschinen zu beschäftigen, hat wieder einmal ein junges Mädchen zum Krüppel gemacht. In der Süddeutschen Vereinsdruckerei in Nürnberg brachte eine 15jährige Arbeiterin die rechte Hand in den Ziegel, so daß ihr der Mittelfinger abgequetscht wurde. Schon ein halbes Jahr war die Betroffene an der gefährlichen Maschine tätig. Immer wieder stellen gewissenlose Obermaschinmeister Arbeiterinnen unter 16 Jahre an Maschinen, trotz des ausdrücklichen tariflichen Verbots. Unsere Mitglieder sollten aber ebenfalls mehr auf die Bestimmungen des Tarifvertrages achten und die „Ober“ aufmerksam machen. Hat dies keinen Erfolg, die billige Arbeitskraft spielt ja eine große Rolle in manchen Firmen, so ist im Büro Mitteilungs zu machen.

Sparzwang zugunsten des Arbeitgebers. Ein von einem Buchdruckerbesitzer zu seinen Gunsten angewandtes Sparzwangsystem erklärte das Gewerbegericht Duisburg in einer soeben amtlich veröffentlichten Entscheidung für ungültig. Der Klä-

ger in dem betreffenden Prozesse war vier Jahre als Lehrling und dann noch einige Zeit als Gehilfe tätig. In den letzten dreiviertel Jahre waren ihm vom Wochenlohn 1,50 M. zurückbehalten worden, die er erst nach fünfjähriger Tätigkeit ausbezahlt erhalten sollte. Im Falle eines früheren Verlassens der Stellung sollte der angesammelte Betrag als zugunsten des Arbeitgebers verfallen gelten. Der Kläger suchte mit Erfolg diesen Vertrag an und erreichte die Beurteilung des Beklagten zur Auszahlung der 63 M. Spargelder. Die Abrede, so heißt es in der Begründung, verstoße gegen §§ 115 und 117 der Gewerbeordnung. Der Sparzwang sei hier augenscheinlich weniger dazu bestimmt, die Lage des Gehilfen zu verbessern, als die Arbeitskraft möglichst lange an den Betrieb zu fesseln. Der drohende Verlust der Spargeldlagen im Falle vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses soll den Gehilfen veranlassen, mindestens fünf Jahre zu bleiben. Die Wohlthat des Sparens tritt gegenüber diesem Zwange völlig in den Hintergrund und der Sparer gerät dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber. Auch die Kündigungsfrist wird dadurch in unzulässiger Weise beeinträchtigt. Die Vereinbarung könne darum nicht als rechtmäßig angesehen werden.

I.K. Das Wachstum der Gewerkschaften. In einem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaftskommission mit, daß vom dritten Quartal 1916 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947.564 auf 1.201.770 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254.206 oder 26,8 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg dabei von 185.000 auf 365.000, eine Zunahme um fast 1/2. Aber während die Gewerkschaften 118.896 weibliche Mitglieder neu gewannen, nahmen sie trotz der fortwährenden Entlohnung der Kriegswirtschaft von männlichen Arbeitskräften noch um 135.511 männliche Mitglieder zu. Die Kräftigung der Gewerkschaften eröffnet den Arbeitern und Angestellten gute Aussichten, auch nach dem Kriege ihre Interessen ausreichend wahren zu können.

Auch von der sozialdemokratischen Partei sagt das „Korrespondenzblatt“, daß sie im Jahre 1917 innerlich stärker und nach außen hin nicht einflußärmer geworden ist. Sie sei seit dem Ausbruch der Unabhängigkeit in erfreulicher Weiterentwicklung.

25 Jahre Organisation der Maschinen und Heizer. In die Reihe derjenigen Gewerkschaftsverbände, die auf ein Vierteljahrhundert organisatorischer und agitatorischer Wirksamkeit zurückblicken können, ist mit dem 1. Januar nun auch der Verband der Heizer und Maschinen eingetreten. Der Verband hatte bei der Gründung 1200 Mitglieder und hatte bis Kriegsausbruch 26.000 Mitglieder gewonnen. Durch den Krieg sank die Mitgliederzahl, die sich jetzt wieder vergrößert. Die Finanzlage ist eine günstige. Die Organisation hat in der Zeit ihres 25-jährigen Bestehens auf allen Gebieten manche Kulturarbeit geleistet. Nicht geringen Anteil an dieser mühevollen gewerkschaftlichen Arbeit hat der Genosse K. R. Schmidt, der zuerst als unbeförderter Vorsitzender, später als befohlener Vorsitzender und Redakteur, und jetzt nur als Redakteur des Verbandsorgans und der fachtechnischen Zeitschrift dem Verbands 25 Jahre in Treue dient.

Wilhelm Köffel ist. Der zweite Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Wilhelm Köffel ist als ein Opfer des Weltkrieges zu beklagen. Zunächst wurde er als Verdacht, später als gefangen gemeldet. Aus dem rumänischen Kriegsgefangenenlager Sibote kam schon vor längerer Zeit die Mitteilung, daß Köffel daselbst verstorben ist. An der Richtigkeit der Meldung ist jetzt nicht mehr zu zweifeln. Mit Köffel ist ein Mann der Textilarbeiter-Bewegung und auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung entzogen, der noch zu großen Hoffnungen berechtigte. In seiner Berufsorganisation war er als tüchtiger Organisator und Führer geschätzt und geachtet. Die internationale Textilarbeiter-Organisation verdankt ihm eine tatkräftige Mitarbeit.

Bahnhalle Leipzig.

Die Bureaufunden für den Mitgliederverkehr sind festgelegt:

Vormittags 11-1 Uhr

Nachmittags 4-7 Uhr

Sonnabend 9-1 Uhr

und 4-7 Uhr.